

Drucken

Efgani Dönmez startete EU-Initiative

Ex-Grüner will Meinungsfreiheit beschneiden – um Extremisten zu bekämpfen

Mittwoch, 05.07.2017, 18:13 · · von FOCUS-Online-Autorin [Laura Gaida](#) _



Volker Weibold Ex-Grünen-Politiker Efgani Dönmez.

Eine neue Bürgerinitiative mit dem Namen "["Stop Extremism"](#)" will innerhalb der EU eine Richtlinie gegen Extremismus erwirken. Seit dem 12. Juni ist das Volksbegehren registriert, innerhalb eines Jahres müssen eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten gesammelt werden.

Initiator des 39-seitigen Gesetzentwurfs ist der österreichische Politiker Efgani Dönmez. Gemeinsam mit der Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in [Berlin](#), Seyran Ates, hat der einstige Grünen-Mann Extremisten, ihren finanziellen Förderern sowie Sympathisanten den Kampf angesagt.

Doch das Vorhaben stößt auch auf Kritik. Der Vorwurf: Um den Extremismus zu bekämpfen, heble die Initiative die Demokratie selbst aus - indem beispielsweise extreme Meinungen beschnitten werden.

Brisante Extremismus-Definition

So ist der Kernpunkt der Initiative die Einführung einer europaweiten Warnliste mit Individuen und Organisationen, die als Extremisten gelten oder sich von entsprechenden Gedankengut nicht ausreichend distanzieren. Gegen sie sollen Strafen von bis zu 20 Millionen Euro verhängt werden, heißt es in dem Gesetzentwurf.

Brisant dabei sind die Kriterien, anhand derer die Initiatoren Extremismus erkennen wollen. Drei Beispiele:

Kriterium 1: Forderung nach Ausweisung von Gesellschaftsgruppen

Dem Gesetzentwurf zufolge soll „jemand, der gegen bestimmte Gruppen hetzt oder die Ausweisung dieser Gruppen [aus Europa](#) fordert“ künftig als extremistisch eingestuft werden. Offenbar ein Versuch, extreme Meinungen wie sie beispielsweise von einigen Rechtspopulisten vertreten werden, zu beschneiden.

Kriterium 2: Gewähren von Unterschlupf für Attentäter

„Extremisten“ – und Kandidaten für die Aufnahme in die Warnliste – wären der Bürgerinitiative zufolge auch Menschen, die „einem Bekannten Unterschlupf“ gewähren, „der in weiterer Folge einen Anschlag verübt“. Dieser Vorstoß stellt zwar keinen Eingriff in die Meinungsfreiheit dar, erinnert jedoch an Sippenhaft.

Kriterium 3: Gewaltames Verweigern von Bildung

Doch der Kriterienkatalog geht noch weiter. So steht jemand unter Extremismus-Verdacht, der Kinder und Jugendliche „durch Gewalt“ „vom Zugang zu Bildung“ abhält. Anhänger der Homeschooling-Bewegung könnten so ins Visier der Justiz geraten.

Ex-Grünen-Politiker Dönmez versteht die „berechtigte Kritik“ an der Extremismus-Liste seiner Bürgerinitiative. Im Gespräch mit FOCUS Online verteidigt er jedoch das Einschränken von bestimmten Meinungen: „Es geht darum, eine einheitliche Definition von Extremismus für die EU durchzusetzen – um so bestehende Schlupflöcher zu stopfen. Dazu gehört auch, dass Ansichten, die offensichtlich gegen Rechtsstaatlichkeit und die Werte einer liberalen Gesellschaft verstoßen, zu verbieten.“

„Religiösen Extremismus dürfen wir nicht länger dulden“

Der Österreicher mit türkischen Wurzeln verweist auf das in seinem Heimatland geltende Verbotsgesetz von 1947. „Demnach ist alles, was in Relation mit dem Nationalsozialismus steht, untersagt“. Dönmez wolle mit der Bürgerinitiative das Verbotsgesetz einen Schritt weiter in Richtung aktueller Bedrohungen denken. Er fordert: „Sowohl Rechts-, Links- als auch religiösen Extremismus dürfen wir nicht länger dulden.“

Anstoß für das Volksbegehren seien vor allem islamistische Terroranschläge innerhalb Europas gewesen. „Immer nur nachträgliche Sicherheitsverschärfungen reichen mir nicht aus“, sagt Dönmez. Er wolle Extremismus im Keim ersticken.

Initiator Dönmez könnte auf seiner eigenen Extremismus-Liste stehen

Dabei könnte der einstige Grünen-Mann bald selbst auf der Warnliste stehen: 2013 forderte Dönmez [auf Facebook](#) für [Erdogan](#)-Anhänger, die [in Wien](#) für den türkischen Präsidenten demonstrierten, „5000 One-Way-Tickets“ in [die Türkei](#).

Über die Brisanz dieser Aussage ist sich der Österreicher auch heute noch bewusst. Einen eklatanten Widerspruch zu seinen eigenen Extremismus-Kriterien, die alleine die Forderung nach Gruppenausweisungen unter Strafe stellen möchte, sieht der Politiker aber nicht: „Wenn sie die Mehrheit vor Extremisten schützen wollen, dürfen sie diese auch in ihre Schranken weisen“, lautet Dönmez fragwürdige Argumentation.

Eine Sache, die uns Mut macht

Seit 2004 therapiert das "**Violence Prevention Network**" (VPN) Islamisten und Rechtsradikale in Deutschland. Das VPN ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte in der Extremismus-Prävention sowie der De-Radikalisierung extremistisch motivierter Gewalttäter. Gründungsmitglieder sind Judy Korn, Thomas Mücke und Jan Buschbom.

Die Vision der Organisation ist es, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter im Dialog mit den Beratern ihr Verhalten reflektieren und ändern. Sie sollen dazu befähigt werden, ein eigenverantwortliches Leben zu führen, in dessen Verlauf sie weder sich selbst noch andere schädigen - um so Teil des demokratischen Gemeinwesens zu werden.

Insgesamt vier VPN-Beratungsstellen gibt es bundesweit. An sie können sich Betroffene, besorgte Eltern oder auch die Polizei wenden. FOCUS Online hat mit einem der Gründungsmitglieder über die Arbeit der Organisation gesprochen: [Lesen Sie hier den Artikel.](#)

Beratung und Hilfe insbesondere für Angehörige oder Freunde, die vermuten, dass sich eine Person in ihrem Umfeld radikalisiert, gibt es außerdem bei der "**Beratungsstelle Radikalisierung**" des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration (BAMF).

- Telefon (montags bis freitags, 9-15 Uhr): 0911/943 43 43
- E-Mail-Kontakt: beratung@bamf.bund.de

Im Video: Zahl der politisch motivierten Straftaten in nur zwei Monaten drastisch gestiegen

© FOCUS Online 1996-2017

Drucken

Fotocredits:

Volker Weihbold

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.